

Angst Macht Vernunft. Zur politischen Rationalität der Coronakrise

Kristoffer Klement

I. Einleitung oder Auftakt zu einer Lagebesprechung

Krisen stellen Gesellschaften meist vor schwer lösbare Probleme und führen sie auf der Suche nach Lösungen leicht in autoritäre Versuchungen. Dem drohenden Unheil gelte es mit starker Hand zu trotzen, koste es gegebenenfalls, was es wolle, so eine vereinfachte Beschreibung. Zu bestätigen schien sich dieser Allgemeinplatz auch in der Coronapandemie: Der Staat – in der hiesigen Erörterung die Bundesrepublik Deutschland – reagierte auf die Ausbreitung des Virus im Schnellverfahren mit ebenso einschneidenden wie umfassenden Maßnahmen, die weder vor Grundrechten noch einer absehbaren Rezession Halt machten. Auf den zweiten Blick muss ein solches Urteil freilich relativiert werden, denn Fakt ist ebenso, dass die Bundesregierung nach wie vor dem Grundgesetz und demokratischen Rechtfertigungsgeboten unterlag und anders als im Nachgang der sogenannten ‚Flüchtlingskrise 2015‘ konnten nationalautoritäre Parteien der Marke AfD bislang keinen nennenswerten Zulauf verbuchen. Sind autoritäre Tendenzen in der pandemischen ‚Ausnahmesituation‘ also eher als harmlos oder doch gravierend, temporär oder epochal einzustufen und inwiefern wären sie eigentlich abzulehnen oder zu befürworten?

Im folgenden Essay möchte ich mich Bewertungsfragen dieser Art widmen und eine mögliche Antwort skizzieren. Er fußt auf der Frage, in welchen Hinsichten und Formen sich Politik in der Coronakrise autoritär gestaltet und was daran unter demokratischen Gesichtspunkten problematisch ist. Besonderen Fokus will ich dabei auf die Rolle von Emotionen sowie die mit ihnen verbundenen Weltwahrnehmungen (Bedrohungen, Ängste), Werte (Freiheiten, Sicherheiten, Schutz) und Sachzwänge (Schutzmaßnahmen, Problemlösungen) legen, da sie meines Erachtens maßgebliche Faktoren des Geschehens darstellen. Wie ich zeigen will, konstituieren sie in der Coronakrise eine Politik, die sowohl autoritär als auch demokratisch ausfällt, während sie unter funktionalen Prämissen zunächst entpolitisiert wirkt, um Politik mittelfristig wieder umso drängender zu eröffnen. Die bundesdeutsche Coronapolitik erweist sich, so meine These

zugespitzt, als technokratischer Autoritarismus, der sein demokratisches Gewand schützend um eine vermeintlich verängstigte Bevölkerung legt, wobei ihm sowohl Gewand wie auch Autorität zugleich gegenüber einer selbst angeheizten Systemdynamik zur Maskerade zu verkommen drohen. Vor diesem Hintergrund wird staatliche Politik zum Balanceakt im Ringen um Integrität und Handlungskompetenz, der von Oppositionsbewegungen wiederum zum Anlass genommen wird, mit Hilfe einer ähnlich gestrickten Dramaturgie ihre eigene Version autoritärer Politik zu lancieren. Die Coronakrise fördert also autoritäre Politiken, die jedoch weder als schlichtweg undemokratisch, noch als außerordentlich bezeichnet werden können, da sie viel mehr eine Fortführung des ‚normalen‘ Funktionsbetriebs der Gesellschaft unter ungewöhnlichen Vorzeichen darstellen. Aus dem Blickwinkel einer demokratisch-emanzipatorischen Politik ergeben sich damit Probleme und Aufforderungen, die ich abschließend umreißen werde.

II. *Das Virus und die Angst*

Zu Beginn des Jahres 2020 rollte das Coronavirus mit der Aura einer unbekannt Bedrohung um den Globus und sorgte vielerorts für massive Verunsicherungen. Es infizierte nicht nur Körper, sondern schürte angesichts der gravierenden Einschränkungen des gesamten sozialen Lebens vielfältige Ängste, die für die politische Krisenverarbeitung ebenso relevant wurden wie biologische Aspekte. Um im Weiteren die prägende Rolle dieser Ängste für politisches Agieren zu betrachten, ist es zunächst nötig, ihre soziale und zeitliche Dimension adäquat zu erfassen, d.h. ein Verständnis zu gewinnen, wie derartige Gefühlslagen dauerhaft ganze Gesellschaften im Griff halten können. Über eine psychologische Affektperspektive hinaus müssen Emotionen also um eine soziologische Betrachtungsweise ergänzt werden, die sie nicht auf ein unmittelbares, persönliches Erleben affizierender Situation reduziert, sondern verstärkt ihre ‚Systemdimension‘ einholt.

Eine derartige Soziologie der Angst, die subjektives Erleben und soziale Geltung verbindet, bietet beispielsweise eine ideologietheoretische Lesart, die ich im Folgenden vorschlagen will.¹ Angst ist in dieser als geteilte Weltanschauung zu begreifen, in der ein Weltbild und seine Bewertung

1 Ich stützte mich im Folgenden auf die instruktiven Überlegungen von Kleining (1967) unter Einbeziehung von Luhmann (1990, insb. Kapitel XLX).

miteinander zu einem dauerhaft wirksamen Orientierungskonzept verschmelzen: Konkrete, singuläre Entitäten (wie das Coronavirus) werden ebenso wie allgemeinere Gesamtkonstellationen von Welt angsttypisch als Bedrohungen bewertet, die in Erwartung einer Schädigung Reaktionen verlangen. Als soziale Ideologie kennzeichnet diese Bedrohungseinschätzung wesentlich die Abstraktion vom Subjekt: Die Inhalte und Plausibilitäten der Bedrohungsvorstellungen hängen weniger vom Erleben der Individuen als viel mehr von ihrer sozialen Anschlussfähigkeit, insbesondere im Hinblick auf Bestätigung und Ablehnung der Bedrohungsdeutung, ab.² Das verängstigte Subjekt ist mit anderen Worten so austauschbar wie die Verängstigung vornehmlich durch weltanschauliche Sozialisationsprozesse vermittelt wird. Unabhängig und bisweilen konträr zum unmittelbaren Welterleben der Einzelnen persistiert sie auf der Grundlage intersubjektiver Akzeptanz in Form einer sich selbst fortsetzenden Kommunikation. Die Angst wird gewissermaßen zur Pflicht und ist ohne die Voraussetzung gleicher persönlicher Erfahrungen und Lebensumstände sowohl selbst annehmbar als auch anderen unterstellbar. Man hat diese oder jene Angst, weil ‚man‘ eben diese oder jene Angst hat, unabhängig davon, ob ein jeweiliges ‚Ich‘ sie just oder überhaupt jemals fühlt oder im eigenen Leben Grund dazu hätte. Aufgrund dieser Tendenz zur Allgemeinverbindlichkeit kann sie mit der Aussicht auf breite Akzeptanz öffentlich geäußert werden, aber ebenso Anlass für eine soziale Missachtung von Subjekten sein, die die Angst nicht teilen und vermeintlich bagatellisieren.

Angst als soziale Ideologie zu betrachten heißt also sie im Sinne eines kommunikativ abstrahierten Mediums zu verstehen, in dem Bedrohungsdeutungen in einer sozial anschlussfähigen Weise konserviert sind. Sie zu erleben und zu äußern bedeutet, subjektiv gesehen, an einer ‚allgemeinen Stimmung‘ und einer gemeinsamen Einschätzung teilzuhaben und soziale Zugehörigkeit zu signalisieren. Sie ist damit ein Integrationsfaktor für geteilte Lebenswelten und Koordinationsmoment sozialer Systeme, indem

2 Damit soll nicht behauptet werden, dass ideologische Angst ohne sachliche Rechtfertigung besteht. Wie gesagt korrespondiert ihre Bedrohungsdeutung mit einem angemessenen Weltbild, das freilich wahr oder falsch sein kann. Ideologisch meint hier also nur möglicherweise, aber nicht notwendig falsches Bewusstsein. Entscheidend ist, dass die Angst nicht das Erleben Einzelner abbildet und dieses nur selten als maßgebliche Referenz heranziehen kann oder muss. Anstatt durch eigenes oder stellvertretendes Erleben im sozialen Nahbereich gedeiht sie durch ‚Logik‘, Berichterstattungen, Erzählungen, Mythen und Vorurteile, die sich im Leben der Subjekte so wenig bestätigt finden müssen wie die in ihnen vermittelten Bedrohlichkeiten.

sie selektiv auf Kommunikation, Erleben und Handeln einwirkt. Aufgrund dieser sozialen Wirkung ist ihr eine politische Relevanz zu eigen, auf die ich sogleich eingehen werde. Zunächst aber will ich verdeutlichen, inwiefern die Rede von einer ideologischen Coronaangst Sinn hat.

Wie bereits geschildert, infizierte das Coronavirus das gesamte gesellschaftliche Leben mit starker Verunsicherung. Gleichwohl konnte seine Bedrohung subjektiv eine unwirkliche oder besser ‚überwirkliche‘ Qualität haben, zu der sich oftmals kein anhaltender Affekt gesellen wollte. Beide Sachverhalte ergeben vor dem Hintergrund einer Angstideologie Sinn, denn sowohl real wie surreal erschien die Coronabedrohung eben nicht nur, weil das Virus ‚unsichtbar‘ war, sondern auch aufgrund ihrer sachlichen wie sozialen Allgegenwart.

In sachlicher Hinsicht betraf und betrifft sie vom Körper ausgehend Arbeit, Freizeit, Familienleben, Zukunftspläne usw. Alltäglich Gewohntes erschien schlagartig als bedrohlich-Bedrohtes: das Schwimmbad, die Bahn, der Jogger als Infektionsquelle wie auch das Krankenhaus, die Arbeitsstelle, die Schule oder der Supermarkt als Schauplätze einer möglichen Unterversorgung. Über die Schädigung des Körpers hinaus stand ‚Corona‘ also für eine bedrohlich-gefährdete Gesamtkonstellation der Welt, die als solche schwer erlebbar ist und deshalb tendenziell ‚unwirklich‘ und latent erscheinen kann.

Diese sachliche Allgemeinheit paarte sich mit einer sozialen: Die Bedrohung schien in jedem Kopf präsent und umso dringlicher, berechtigter, aber gleichfalls ungreifbarer konnte sie anmuten. Bekanntermaßen fielen und fallen die Gefahreinschätzungen unterschiedlich aus – dass es aber Gefahren für Körper wie ganze Sozialsysteme geben könnte, die einer Einschätzung verlangen, ließ sich nur unter Rechtfertigungsnot und Ächtungsgefahr leugnen. ‚Man‘ musste die Bedrohungseinschätzung in irgendeiner Form teilen, sich zumindest zu ihr ‚verhalten‘, vor allem aber kann ‚man‘ sie teilen, ohne eine konkrete Gefährdung oder fortwährende Angst erleben zu müssen. Dieser sozialen Verbreitung standen und stehen anschauliche Realitäten in Form von Krankheitsfällen, Hamsterkäufen, Abstandsgebote, Schulschließungen oder Arbeitslosigkeit Pate. Die Bedrohungen waren und sind real. Und doch gewann die Angst vor ihnen ihre Überzeugungskraft für den wohl überwiegenden Teil der Bevölkerung weniger aus dem eigenen Erleben der tatsächlichen Katastrophe als aus ihrer sozialen Akzeptanz, zu der allen voran offizielle Angaben und Berichterstattungen beitrugen. Es entstand eine überpersönliche Beunruhigung angesichts einer von diversen Seiten bestätigten Bedrohung, die nicht mit persönlichen Lebensumständen und Empfindungen korrespondieren musste, sondern abstrakt und latent, surreal im Sinne einer intersubjekti-

ven, aber nicht zwingend subjektiven Wirklichkeit bleiben konnte. Die sozial verbreitete Angst vor Corona war und ist kurzum immer auch eine allgemeine Weltanschauung im oben beschriebenen Sinne.

Wie für Angstideologien nicht unüblich, verändern sich auch in der Coronakrise Intensität und Fokus der Bedrohungsdeutung synchron zur Weltwahrnehmung. So gewann die wirtschaftliche Bedrohung nach dem medizinischen Schock an Gewicht, da das Wirtschaftssystem zunehmend in heftigere Turbulenzen zu geraten drohte und die Infektionsraten rückläufig waren. Im Hinblick auf weitere Infektionswellen ist hingegen zu erwarten, dass sich die Gewichtung erneut verschiebt. Corona exemplifiziert mit dieser Wechselwirkung die Korrelation von Krisen- und Angstsyndromen: Ängste folgen Krisen und Krisen manifestieren sich durch Ängste.

Als Exempel für diesen Zusammenhang steht die Coronakrise meines Erachtens zugleich beispielhaft für eine allgemeine ‚Angstkultur‘, die allein in den vergangenen zwei Jahrzehnten ebenso in Terrorismus, Bankenkrise oder Klimakrise ihre Ankerplätze hatte. Sie manifestiert also ein kulturelles Muster, das verschiedene Krisen durchzieht und sich an ihnen labt. Die Rede vom epochalem Bruch müsste folglich relativiert werden: Die Bedrohung der Lebenswelt ist bereits ein fester Bestandteil der Lebenswelt, die Coronakrise nur eine weitere, wenngleich extreme Episode in der Krisengewohnheit.³

Entsprechend gilt, dass Corona gleichsam eine politische Kontinuität verkörpert, die sich als Pendant zu dieser Krisenpersistenz eingespielt halt. Grundsätzlich spielt das politische System als Instanz kollektiv bindender Entscheidungen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung überindividueller Bedrohungen, insoweit diese Bewältigung an die Gesellschaft „delegiert“ (Kleining 1967: 215) wird. Für politisches Handeln kann Angst „zum funktionalen Äquivalent für Sinngebung“ (Luhmann 1986: 238) werden, so etwa wenn sich politische Akteure als Schutzmacht in Szene setzen, die rationale Maßnahmen zur Gefahrenabwehr ergreifen. Ideologische Angst vermag also politische Herrschaft zu stabilisieren, wobei mit dieser zugleich eine funktionale Schutzvernunft im politischen System an Relevanz gewinnt.

Die Coronakrise bietet eine Neuauflage dieser politischen Krisenlogik und ihrer Angstkultur: So wie sich das Auftreten einer vernünftig re(a)gierenden Schutzmacht als Modus und Semantik politischen Erlebens und Handelns mit der Wahrnehmung von Bedrohungen und Krisen verstetigt

3 Siehe hierzu bspw. Großegger (2016) im Hinblick auf die aktuelle „Generation Krise“ in Österreich, für die Verunsicherung ein zentrales Lebensgefühl ist.

hat, ist auch jetzt wieder der Staat als ‚starke Hand‘ gefragt. Dass die Bedingungen der Coronakrise durchaus ‚besonders‘ sind, sei damit nicht bestritten, wohl aber die Annahme, dass sie einen außergewöhnlichen politischen Vorgang angestoßen hat. Wenn dem so ist, dann exemplifiziert die Coronakrise allerdings auch die Problematik einer solch funktional-rationalen Autorität, die ich im Folgenden darstellen will. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Umstand, dass die Pandemiepolitik nicht nur staatliche Autorität bestärkt, sondern vor allem Abkömmling einer generellen funktionalen Rationalität ist, die (auch) im Operieren des politischen Systems dominant geworden zu sein scheint und wiederholt berechtigten Anlass zur Kritik gibt.⁴

III. Demokratische Autorität in einer entpolitisierten Demokratie?

Prima facie lässt sich sagen, dass der deutsche Staat während der Coronakrise trotz massiver Eingriffe demokratisch verfasst und ausgerichtet blieb. Demokratische Institutionen wurden nicht aufgelöst und auch die Einschränkung von Grundrechten vollzog sich auf der Basis demokratischer Prinzipien.⁵ Zwar führte dabei eine funktionale Vernunft Regie, die mit Ansprüchen demokratischer Legitimität – aller voran umfassenden parlamentarischen und öffentlichen Debatten – konfligierte. Dennoch verließ auch diese nicht den demokratischen Rahmen, da sie unter anderem durch die ideologische Angst ins Recht gesetzt wurde: Angesichts einer allgemeinen Bedrohung ist der Staat als demokratische Schutzmacht verpflichtet und berechtigt, zum Wohle der Bürger*innen vorübergehend schnell und entschieden auch an den Grenzen seines Rechtsrahmens zu handeln. Seine Reaktionen entsprachen zum ersten der verbreiteten Forderungen nach Bedrohungsbekämpfung, orientierten sich zweitens teilweise an den Ängsten in der Bevölkerung, waren drittens auf Erfolge angewiesen, die Gefolgschaft und Wahlstimmen mobilisieren konnten, und deshalb viertens auf eine Darstellung bedacht, die ihre Allgemeinwohlorientierung vermittelte. Die Coronapolitik funktionaler Vernunft mag auf lange Entscheidungsfin-

4 Darauf geben fortwährende Kritiken an instrumenteller, technokratischer oder wortwörtlich „funktionalistischer Vernunft“ (Habermas 1995), insbesondere auch im politischen System gegenwärtiger Demokratien starke Hinweise (vgl. z.B. Brown 2016).

5 Hierzu zählen Allgemeinwohlorientierung, Rechtsgleichheit, das Gebot der Verhältnismäßigkeit, gerichtliche Anfechtbarkeit und im Besonderen das Infektionsschutzgesetz, das eine Einschränkung von Grundrechten erlaubt.

dungen verzichten, nimmt jedoch ihren demokratischen Rahmen ernst, insofern sie ein Schutzversprechen dergestalt umsetzt, dass es für die Bevölkerung akzeptabel erscheint. Ihre Herrschaft ist durchaus demokratisch, obgleich sie im ‚Ausnahmestand‘ stattfindet.

Eine solche Darstellung ist meines Erachtens so wahr wie falsch. Sie benennt den Fakt, dass der deutsche Staat im Krisenmodus vernünftigerweise sachlich-reaktiv und dabei demokratisch handelt, und verkennt doch, dass seine Krisenbearbeitung demokratisch verfasst sein kann, während sie zugleich ideelle Ansprüche demokratischer Politik aushöhlt. Die staatliche Schutzmacht ist kurzum demokratisch illegitim, indem sie demokratisch legitim ist. Maßgeblich hierfür wirkt eben die durch ideologische Ängste gestützte Dominanz funktionaler Vernunft: Die demokratisch legitime Ausrichtung auf anhaltende Bedrohungsbekämpfung versetzt das politische System in einen *modus operandi*, in dem es sich auf eine Bedrohungsbekämpfung verengt, die nur unzureichend von demokratischen Interessen und Werten reguliert wird. Der Staat agiert zwar im demokratischen Gewand, sein Agieren selbst gleicht jedoch einer Politik, die demokratisch gesehen eher als ‚apolitisch‘ bezeichnet werden müsste, da sie den Anspruch auf eine *Gestaltung* der Gesellschaft entlang subjektiver Interessen und Wertvorstellungen nicht gerecht wird. Manifest wird dieser Umstand in zweierlei Hinsicht: entpolitisierte Werte und entpolitisierte Subjekte.

Die Anrufung von Werten und Normen ist ein recht typisches Merkmal sozialer Angstkommunikation, insofern Schutzmaßnahmen legitimiert werden müssen. Wie Niklas Luhmann im Hinblick auf die sozialen Bewegungen der 1980er Jahre konstatierte, verleiht bereits anerkannte Angst aufgrund ihrer eigenen „moralischen Existenz“ das moralische Recht, Schutzmaßnahmen zu fordern, denen pflichtgemäß Gehör zu schenken ist. Es etabliert sich somit ein Moralstil, der Angst mildern soll, womit die Funktionssysteme beauftragt werden (vgl. Luhmann 1986: insb. 238-245).⁶ Werte bilden hierbei eine Semantik, durch die ein Schutz- und Handlungsbedarf signalisiert werden kann, der aufgrund seines normativen Charakters zugleich legitimierend wie verpflichtend wirken kann. Anschaulich wird dieser Umstand in der Coronakrise angesichts der Wertverschiebungen, die sich unter anderem in den politischen Maßnahmen manifestieren. Während im Angesicht der Bedrohung für die subjektive Gesundheit und das Gesundheitssystem die Werte Gesundheit und Sicherheit

6 Luhmanns Behauptung, dass Angst durch die Funktionssysteme nicht kontrolliert werden kann und im Zuge ihrer Bekämpfung gar zunimmt, erscheint mir mit Blick auf die Coronakrise allerdings zweifelhaft.

im Vordergrund standen und vorübergehend Freiheitswerte ‚überstrahlten‘, gewannen im Zuge der zunehmenden Bedrohungen für das Wirtschaftssystem ökonomisch relevante Bewegungs- und Handelsfreiheiten wieder zunehmend an Gewicht. Werte können also Systemprobleme, Problemeinschätzungen und Schutzbedarf abbilden, die im Rahmen einer Angstideologie wahrgenommen werden.

Die Coronakrise bestätigt nun, dass diese Verbindung aus Krisen, Angst und Moral politischer Autoritäten die Krisenbewältigung unter demokratischen Handlungs- und Legitimationsbedingungen erleichtert. Erstens bieten Angst- und Wertäußerungen Informationen über Systemprobleme, Bedrohungseinschätzungen sowie Zustimmungspotentiale (Wähler*innenstimmen) seitens der Bevölkerung. Sie ermöglichen zweitens Rechtfertigungen und Folgebereitschaften für eigene Maßnahmen, indem Ideologie und Gewissen der Subjekte angesprochen werden.⁷ Durch diese Anrufung subjektiver Einstellungen können Autoritäten drittens das Problem der Verhaltenskontrolle in schier unkontrollierbaren Ausmaßen, so z.B. bei Kontaktbeschränkungen, abmildern, indem der moralische Appell (Solidarität) eine politische Einflussnahme durch zivile Selbstdisziplinierung ermöglicht. Werte bieten der politischen Autorität folglich Lösungen für die Erfassung von Systemproblemen, Problemrelevanzen und Handlungsbedarf sowie für praktische Legitimations-, Motivations- und Kontrollfragen. Sie kann sie in diesem Sinne nutzen, um selbst Bedrohungswahrnehmungen zu stimulieren, vor allem aber, um zu demonstrieren, dass sie Ängste ernst nimmt und bekämpft, sich somit selbst legitimieren und einen eigenen moralischen Wert gewinnen.

Wenngleich die politische Autorität nun im demokratischen Rahmen bleibt, droht ihre funktionale Schutzvernunft diesen doch zu konterkarieren, insofern sie Werte nur in den soeben genannten Hinsichten funktionalisiert. Gesundheit, Freiheit, Gleichheit oder Solidarität verkommen zu Kommunikationsmitteln einer instrumentellen Ratio, die sich vornehmlich Systemproblemen und deren Behebung zuwendet – allen voran der je eigenen! Der Sinn, den Werte stiften, ist dann nicht auf sie selbst bezogen, sondern beispielsweise auf Informationsgewinnung, Mobilisierung und Kontrolle (Macht). Damit wird die gestaltbare Kontingenz des Sozialen, die in wechselbaren Wertorientierungen freiliegt, unter der Faktizität der Funktionsprobleme verschüttet. Politische Orientierungsoffenheit droht

7 Die Allgemeinwohlorientierung der Maßnahmen spielt hier beispielsweise eine wichtige Rolle, da sie in Abwägungsfragen (Freiheit vs Sicherheit, ‚Opferbereitschaften‘) als sortierender Metawert herangezogen werden kann.

durch die Gebote funktionaler Vernunft respektive das Diktat der Systemprobleme bis zur ‚Alternativlosigkeit‘ kanalisiert zu werden.

Die Maßnahmen zur Bedrohungsbekämpfung mögen in der Coronakrise also normativ ummantelt sein, nichtsdestotrotz beherrscht ‚im Kern‘ jedoch die Rationalität funktionaler Notwendigkeiten das Operieren des Staates. Zwar mögen dieser Ratio mit Blick auf die Wahl der Probleme und Lösungen ethische Aspekte innewohnen, doch gerade die ‚Wahl‘ der Angst als moralisch verpflichtender Bezugspunkt degradiert sämtliche Wertorientierungen wiederum zum Lakai der Schutzvernunft und ihrer Imperative. Die Sinnggebung der Angst drängt Handeln in diese Vernunft, die sich ihrerseits den Vorgaben der aktuellen Bedrohungslage ergibt. Ihre ‚Moral‘ wird zur normativen Verpflichtung auf Systemstabilisierung, die den politischen Orientierungsrahmen strukturiert. Als Weltanschauung verengt sie somit den Blick auf die gegebene Welt. Eine Befragung des Politischen mutiert dann bestenfalls zur Frage nach der ‚richtigen‘ Angstorientierung. Sofern jedoch auch Angst nur noch als Ausdrucksform für Systemprobleme gilt, beantwortet sich diese vernünftigerweise im Fokus auf Zustand und Bedarf der Systeme. So verlangte etwa die vom Schutz subjektiver Gesundheit ausgehende Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems allgemeinverbindliche Gesundheitsnormen, die von einem politischen System propagiert wurden, das um der Stabilisation und Verteilung seiner Macht willen auf eine Beunruhigung in der Bevölkerung reagieren musste, die in medialen Aufmerksamkeitskämpfen zusätzlich befeuert wurde usw. Man könnte auch sagen: Die Krise ist nicht allein die Pandemie, sondern das Konzert der selbstbezogenen Problemwahrnehmungen sozialer Systeme, die unter der Leitung einer funktional kalkulierenden Vernunft subjektive Orientierungsmaßstäbe vornehmlich für ihre Problemlösungen instrumentalisieren.

Einhergehend mit der Entpolitisierung der Werte findet eine symmetrische Entpolitisierung der Subjekte statt. Fraglos beziehen sich politisch angeordnete Maßnahmen wie soziale Distanzierung auf das gesundheitliche ‚Eigeninteresse‘ der Subjekte. Problematisch ist allerdings, dass dieser Bezug nur sekundär bzw. derivativ zu den Systemproblemen stattfindet. Wie die obige Schilderung schon anzeigt, kann die ideologische Angst mit ihrer Abstraktion vom Individuum selbst zu einer Semantik für die Dynamik der Systemprobleme werden. Sie artikuliert ein Gesamtbild sozial akzeptierter Bedrohungseinschätzung, das im Verbund mit Wertanrufungen aktuelle oder wahrscheinliche Systemturbulenzen anzeigt: Sich an der Angst vor dem Virus und dem allgemeinen Ruf nach Gesundheitsschutz zu orientieren, hieß beispielsweise die Überlastung des Gesundheitssystems zu kalkulieren. So wie die ideologische Angst allerdings kaum mehr

konkreten Empfindungen einzelner Subjekte entspricht, orientiert sich auch die politische Schutzmacht in der Angstbearbeitung an einer ‚apolitischen‘ Abstraktion: Die Lösung der indizierten Systemprobleme mag zwar die Interessen vieler Subjekte einholen und damit Zustimmungen erwirken, insofern die Subjekte von den System abhängen, diese Interessen sind jedoch in der Höhenlage der ‚Systeminteressen‘ aufgegangen, die sie ‚repräsentieren‘. Es wechselt mit anderen Worten das politische Subjekt weg vom Menschen, hin zum System, denn nur so ist der Abstraktionsnotwendigkeit der funktional geordneten Massengesellschaft beizukommen. Ob und inwiefern die Systemprobleme dann tatsächlich mit subjektiven Interessen harmonieren, werden letztlich öffentliche Reaktionen wie Wahlen und Proteste zeigen.

Subjekte werden demnach politisch keineswegs irrelevant, jedoch zu Stichwortgeber*innen und Anhängseln für politisch zu lösende Systemprobleme degradiert. Dem entspricht, dass sie statt als politische Interessenträger*innen verstärkt als quantifizierte Schutz-, Opfer- oder Bedrohungsfaktoren im Verhältnis zu den maßgeblichen Systemproblem wahrgenommen werden. So wie sie vorrangig über ihre Systembetroffenheit erfasst sind, werden sie primär in ihrer System- bzw. Problemrelevanz kalkuliert. Sie sind im Einzelnen hauptsächlich als Adressaten*innen von Maßnahmen bedeutend, die die für sie wichtigen sozialen Systeme schützen sollen, d.h. Objekte einer allgemeinwohlorientierten Politik ohne Zeit und Raum für die subjektive Erörterung des Allgemeinwohls. Wohlgemerkt: Es geht nicht allein um die mangelnde Wahrnehmung von Individualität, sondern im speziellen darum, dass die Interessen von Subjekten nur noch in Beziehung zum abstrakten Systemgesichtspunkt *Geltung* haben. Staatliches Agieren orientiert sich vorrangig durch diverse und vor allem die eigene Systembrille an der Bevölkerung. Dies ist zwar kein Spezifikum ihres funktionalen Schutzmodus, jedoch in diesem verschärft. Abgerundet wird diese Entpolitisierung schließlich mit der vorrangig reglementierenden Adressierung der Subjekte, denn Rechtsvorschriften und moralische Appelle, die von höherer Vernunft und Ängsten geboten scheinen, drängen die Stimme der politischen Ansprüche nur noch fester an die Wand der Schutzgebote. Sie befestigen die Verengung des Spielraums politischer Forderung normativ und heben Subjekte in ihrer bedrohlichen (Un-)Hörigkeit statt als Interessenträger hervor.

IV. Resümee: Keine Macht der Angst?

Ich habe versucht, am Beispiel der Coronapandemie in Deutschland darzustellen, welche problematischen Effekte eine wirksame Angstideologie auf das politische System und die Operationsweise staatlicher Autorität haben kann. Ersichtlich geworden ist meines Erachtens, dass sich eine angstgetriebene Politik in den Modus einer funktionalen Schutzvernunft begibt, die sich zwar als demokratisch ausgeben kann, unter demokratischen Gesichtspunkten jedoch zugleich entpolitisiert wirkt, insofern politische Orientierungsfragen auf systemrelative Stabilisierungsgebote reduziert werden. Konstitutiv hierfür wirkt die Reduktion von Werten, Emotionen und Interessen auf eine instrumentelle Funktionsrelevanz, die im Falle politischer Autorität durch Machtprobleme definiert ist und dank hoher Abstraktionsgrade Individualitäten nicht mehr wahrnimmt. So stützen ideologisch verfestigte Ängste eine politische Autorität, die aus einem durchaus demokratisch gebotenen Schutz der Allgemeinheit heraus dauerhaft jegliche Gestaltungsperspektive funktionalen Schutzimperativen unterordnet, um nicht zuletzt sich selbst zu koordinieren und zu erhalten. Ängste können mit anderen Worten einer funktionalen Vernunft zur Vorherrschaft verhelfen, die sie zwar ernst nimmt, doch gerade deshalb wie alle anderen Maßstäbe ins Diktat der Systemprobleme auflöst. Sofern nun die Corona-Krise ein weiteres Szenario in einem Kontinuum politikwirksamer Ängste ist, ist sie die Aktualisierung dieser persistierenden Funktionsvernunft. Was sich in ihr als außergewöhnlich darstellt, ist also das unverhohlene exzessive Ausagieren eines Operationsmodus, der das politische System schon länger im Griff hält und autonome Gestaltungsambitionen fortwährend zu marginalisieren droht.

Angenommen diese Thesen treffen zu und wir befinden uns in einer demokratisch-autoritären Politik unter funktionalem Schutzprimat, was wäre dann zur Stärkung einer emanzipatorischen Perspektive zu tun? Wie könnte die politische Selbstbestimmung einer Bevölkerung gemäß ihrer vielfältigen und konfliktreichen Interessen und Wertvorstellungen im Gegensatz zu einem von Systemdynamiken getriebenen Staat gefördert werden?

Zunächst einmal gilt es sich vor falschen Heilsbringern zu hüten. Dass die Entpolitisierung der Schutzautorität nicht unkommentiert bleibt, ist allein durch den hiesigen Band evident und kaum verwunderlich: Angesichts der deutlichen funktional-autoritären Rekonfiguration der Gesamtgesellschaft mit ihren massiven Beschränkungen konnte ein Widerstand zu Gunsten der eigenen politischen Selbstbehauptung hierzulande kaum ausbleiben. Jedoch ist nicht jede Repolitisierung pauschal begrüßenswert,

wenn es um autoritätskritische Gesichtspunkte geht. Von sogenannten ‚Grundrechedemos‘ bis hin zu Kundgebungen der NPD hat sich ein selbsternannter Widerstand formiert, der schlussendlich keiner ist, insofern er nur andere Gesichter und drastischere Autoritätsformen in dieselbe Logik von Angst und Schutzvernunft presst. Einschlägige Medien wie KenFM oder das offizielle Blatt des sog. demokratischen Widerstands schüren Ängste vor ‚Corona-Diktaturen‘, die zwar prima facie nicht unverständlich sind, sich jedoch derart ins kontrafaktisch-konspirative verirren und auf Persönlichkeiten und Parteien statt auf Systemdynamiken kaprizieren, dass sie mit meinen Ausführungen nicht mehr viel zu tun haben. Vor allem aber unterstelle ich ihrer analytischen Verirrung Methode, insofern es hier gewissen politischen Akteuren primär darum geht, ihre politische Vision als ‚richtige‘ Schutzmacht zu etablieren. Sie sind deshalb kein Widerstand oder Ausweg, sondern nur eine Variation auf derselben Klaviatur aus Ängsten und funktional re(a)gierender Autorität. Sie veranschaulichen, dass Angstideologien stets zum trojanischen Pferd für schlimmere Autoritäts- und Politikformen werden können – eine Gefahr die umso größer ist, je weniger Autoritäten durch politisch-ethische Ideologien in Frage gestellt werden, da diese Werte ja selbst nur noch vornehmlich funktionale Relevanz haben. Unter dem Gesichtspunkt effizienter Problemlösung sollte es kaum verwundern, wenn ‚chinesische Verhältnisse‘ zum Vorbild avancieren.

Es wäre nun unredlich, den hier verfassten Text gänzlich außerhalb des soeben Kritisierten zu setzen. Er ist zweifelsohne eine Warnung vor der bedrohlichen Dominanz von Ängsten und funktionaler Schutzpolitik. Soll aus dieser Warnung nicht wieder nur eine andere angstbasierte Autorität hervorgehen, so gilt es im ersten Schritt die Angst selbst zu relativieren. Weder Ängste noch funktionale Vernunft dürfen nur als Bedrohungen angesehen werden. Sie bilden stattdessen wichtige Elemente der Politik. Entscheidend sind ihre Relationierung und ihr Gewicht.

Da Ängste als „Problemindikatoren mit Ventilfunktion“ (Malowitz/Selk 2015) für die politische Sinnstiftung relevant sind, wäre es fatal, sie zu ignorieren – das gilt auch für die Ängste der ‚falschen‘ Seite. Nicht minder wichtig ist es deshalb allerdings, dass sie erstens nicht moralisch gegen Kritik immunisiert sind. Sie müssen Streitbar sein und sachlich geprüft werden, statt sie als moralische Verpflichtung gegenüber einer unbezweifelbaren Subjektivität hinzunehmen. Im selben Sinne darf Politik dann zweitens nicht ihrem Sog erliegen und sich als Schutzmacht gerieren, die um ihres Erfolges – und das heißt insbesondere ihrer Zustimmung – willen der Schutzvernunft anheimfällt. Schutzpolitik sollte deshalb womöglich besser nicht zur Hauptaufgabe einer einzelnen Autorität werden, sondern

sich in Form koordinierter ziviler Engagements dezentralisieren. Eine solche ‚Sozialisierung‘ der Angstbewältigung könnte die Schutzpolitik dergestalt pluralisieren, dass Dominanz und Abstraktion der Systemperspektiven durch größere ‚Bürger*innennähe‘, sprich eine verstärkte Geltung subjektiver Interessen und Werthaltungen, reguliert wird – mit all den organisatorischen und politischen Problemen, die damit einhergehen und eine demokratisierte Krisenpolitik durchaus lähmen können.

Eine funktional-vernünftige Autorität, die die Belange der Funktionssysteme im Blick behält und großflächig auf sie reagieren kann, scheint dementsprechend auch aus demokratisch-emanzipatorischer Werthaltung unumgänglich. Problemlösungen und Gesellschaftsgestaltung sind nicht als Gegensatzpaare misszuverstehen. Ebenso ist Funktionsrationalität jedoch keine alternativlose Perspektive, die allein dem Staat vorbehalten wäre. Die Frage, was zu tun ist, sollte die Frage, wie wir leben wollen, nicht entscheidungslos substituieren.

Die so offensichtlich werdende Spannung zwischen Autorität, funktionaler Rationalität und demokratischer Selbstgestaltung verlangt eine Politik, die sowohl verantwortungs- wie gesinnungsbewusst ist: Bedrohungen und Systemturbulenzen müssen politisch bearbeitet werden, wobei auch Wertorientierungen gegebenenfalls eine Neuausrichtung erfahren müssen. Zugleich aber dürfen Werte so wenig wie Emotionen und Interessen zu einer Begriffshülle für Systemprobleme verkommen und von diesen diktiert und nur instrumentalisiert werden. Der womöglich schmale, jedenfalls verschlungene Grat, der sich sodann zwischen funktionalen Anforderungen, ethischen Idealen und subjektiven Ansprüchen eröffnet, müsste mit demokratischer Streitbarkeit begangen, d.h. die Mixtur aus Verantwortung und Gesinnung, Systemabstraktion und Subjektorientierung sollte selbst in Dialog und Disput öffentlich angerührt werden. Das aber bedeutet vor allem, den Konflikt als zentrale Aufgabe politischer Selbstgestaltung zu begreifen und auszutragen, statt sich in stiller Eintracht unter das Joch funktionaler Vernunft zu werfen. Wie in dieser Gestaltung dann letztlich auch die funktional rationalisierte Autorität politisch verhandelbar sein könnte, ohne handlungsunfähig zu werden, bleibt ein entscheidendes Desiderat emanzipatorisch gesinnter Krisenpolitik. Die Coronakrise könnte diesbezüglich noch aufschlussreich werden.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W./Horkheimer, Max. 2006. *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt/M.: Fischer Verlag.
- Brown, Wendy. 2015. *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*. Berlin: Suhrkamp.
- Großegger, Beate. 2016. „Generation Krise“ und die Politik. https://jugendkultur.at/wp-content/uploads/Generation-Krise-und-die-Politik_Textauszug-aus-Transformers.pdf. 18.04.2020.
- Habermas, Jürgen. 1995. *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Horkheimer, Max. 1967. *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*. Frankfurt/M.: Fischer Verlag.
- Jebsen, Ken. 2020. *Gesicht zeigen*. <https://www.youtube.com/watch?v=j73pXNklhFc>. 13.05.2020.
- Kleining, Gerhard. 1967. Angst als Ideologie. In: Heinz Wiesbrock (Hrsg.), *Die politische und gesellschaftliche Rolle der Angst*. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsgesellschaft. 194-216.
- Luhmann, Niklas. 2004. *Ökologische Kommunikation*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Malowitz, Karsten/Selk, Veith. 2015. *Angst in Bielefeld. Über ein ausgeschlossenes Gefühl in der Systemtheorie*. <https://www.soziopolis.de/beobachten/gesellschaft/artikel/angst-in-bielefeld/>. 18.09.2020.
- Stichweh, Rudolf. 2020. *Simplifikation des Sozialen*. https://www.researchgate.net/publication/340477214_Simplifikationdes_Sozialen_Die_Corona-Pandemie_und_die_Funktionssysteme_der_Weltgesellschaft. 18.09.2020.
- Weber, Max. 1919. *Politik als Beruf*. München [u.a.]: Duncker & Humblot.